

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 3

Artikel: Offener Brief an Ministerpräsident Kossygin
Autor: Bloch, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338097>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offener Brief an Ministerpräsident Kossygin

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kossygin,

die Unterzeichneten erlauben sich, wegen des künftigen Schicksals des Staates Israel an Sie heranzutreten. Gerade angesichts der jüngst sich bedrohlich steigernden wechselseitigen Gewaltakte fühlen wir als Angehörige von Ländern, die die schwerste Katastrophe in der Geschichte des jüdischen Volkes verschuldet haben, eine bedrängende Verantwortung für Israel. Wir können es nicht schweigend mit ansehen, dass dort der substantiell tragende Kern desselben Volkes abermals von Vernichtung bedroht ist.

Bis heute haben die arabischen Staaten Israel weder de jure noch auch nur de facto anerkannt. Ihr erklärt Ziel, aus dem sie nie ein Hehl gemacht haben, ist weder der blosse Rückzug Israels auf die Grenzen vom Mai 1967 noch die Verkleinerung seines Territoriums, sondern die totale Extermination des Staates sowie seiner sämtlichen jüdischen Bürger nach nationalsozialistischem Vorbild.

Andere Völker werden in Kriegen nur besiegt und besetzt; Israel würde «ausradiert».

Wohl haben die arabischen Regierungen sich offiziell von Shukeiri distanziert, es bleibt aber die begründete Befürchtung, dass im Moment einer kriegerischen Verwicklung dann doch die chauvinistischen Kräfte die Oberhand gewinnen.

Daher erscheint es uns als ungeheuer gefährlich, die arabischen Staaten in ihrem Konflikt mit Israel einseitig moralisch zu unterstützen und sie bis an die Zähne mit den modernsten Waffen auszustatten. Die an sie ausgeschütteten Mittel kommen im gegenwärtigen Augenblick nicht dem Fortschritt der leidenden arabischen Völker zugute, denen zu helfen ihre rückständigen Regierungen weder fähig noch willens sind, sondern lediglich dem pathologischen Hass gegen Israel, hinter dem diese Regierungen ihre Unfähigkeit zu verbergen suchen. Durch die Rückendeckung der Sowjetunion ermutigt, könnten sie eines Tages auch gegen den Willen ihrer Protektoren den Auslöschungsfeldzug gegen Israel beginnen.

Als demjenigen Grossstaat, der heute in der arabischen Welt den stärksten Einfluss besitzt, ist der UdSSR eine neue Verantwortung zugewachsen. Ausgleichend würde es bereits wirken, die Gewährung weiterer Hilfen von der Bereitschaft der Araber abhängig zu machen, mit Israel einen Modus vivendi zu finden. Der sich gegenwärtig vollziehende Ausbau der sowjetischen Position im Mittelmeerraum würde dadurch nicht gehemmt, da die Araber auch dann noch darauf angewiesen bleiben, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Er würde auch von den anderen Grossmächten um

so bereitwilliger hingenommen werden, wenn sie in der Sowjetunion einen den Nahen Osten stabilisierenden Faktor erblicken dürften.

Mehr als jeder andere trägt ja der Nahostkonflikt in sich den Keim zu einem Weltkonflikt.

In der Sorge, die uns in diesem Augenblick beklemmt, wenden wir uns an Sie als den Spitzenfunktionär einer der beiden Grossmächte, dessen Wort und Entscheidung auch für andere Teile der Welt schicksalhaft sind.

Der israelisch-arabische Gegensatz darf mit denjenigen Gegensätzen, von denen die Lehrbücher der Diplomatie empfehlen, dass man sie schüren und nutzen solle, nicht in Parallel gesetzt werden. Eine exklusive Araber-freundlichkeit impliziert als Möglichkeit die Existenzpreisgabe Israels, die doch zur Erreichung Ihrer Ziele keineswegs notwendig ist, ja ihnen auf weitere Sicht hinderlich wäre. Israel würde sinnlos nicht der grossen Politik der Sowjetunion, sondern der kleinen Verblendung der arabischen Staaten geopfert werden, deren innere Probleme im übrigen dadurch um keinen Schritt weiter kämen, denn nicht Israel ist ihr Feind, sondern ihre eigenen Feudalherrscher und pseudosozialistischen Diktatoren sind es.

Wir erinnern uns noch, dass die Sowjetunion 1948 als einer der ersten Staaten Israel anerkannt hat. Wir wissen, dass sie nicht in den apokalyptisch-verbrecherischen Träumen eines rückständigen Nationalismus denkt und bei aller Solidarisierung mit dem Standpunkt der Araber mässigend auf sie zu wirken sucht.

Echter Sozialismus hat immer die Unterdrückung und Vernichtung von Völkern perhorresziert und sich, wie für die schwachen Klassen, so auch für die bedrohten Völker eingesetzt. Im Rahmen der internationalen Verbrüderung und Solidarität tritt er für die Selbständigkeit und Befreiung der Nationen ein. Was man allen Nationen zubilligt, das kann man auch der jüdischen Nation nicht vorenthalten. Gerade das Verhalten zu ihr ist zu einem Prüfstein für die humanen Absichten einer jeden politisch-gesellschaftlichen Bewegung in unserer Zeit geworden.

Die Grundlagen des Staates Israel wurden im 19. Jahrhundert von sozialistischer Jugend aus Russland gelegt. Israel ist bis heute nicht nur wie die arabischen Staaten an der Präsentierfläche, sondern in seinem Kern sozialistisch, was sich nicht nur in den Kibbuzim, sondern auch in der beherrschenden Gewerkschaftsbewegung ausdrückt.

Dem steht freilich entgegen, dass Israel, wie jedes Entwicklungsland, auf ausländisches Kapital angewiesen war, das es naturgemäß zunächst aus dem Westen erhielt. Trotzdem ist die innenpolitische Situation offen. Ein Ausgleich mit den arabischen Nachbarn würde es Israel erlauben, seine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten abzubauen.

Mit Recht wirft die progressive Öffentlichkeit heute der amerikanischen Politik vor, zugunsten kurzfristiger imperialistischer Interessen korrupte und diktatorische Regierungen zu unterstützen: durch ihre vorbehaltlose

Parteinaahme für die arabischen Staaten setzt sich die Sowjetunion demselben Vorwurf aus und bringt die sozialistische Bewegung als ganze in Misskredit, schwächt ihre Idee und verwirrt ihre Anhänger.

Schon im Juni 1967 ist die Parole der auf Moskau blickenden kommunistischen Parteien, für die arabische Seite einzutreten, mit dem spontanen Gerechtigkeitsgefühl vieler ihrer Mitglieder in Konflikt geraten und hat zur Zersplitterung der Parteien geführt.

Israel hat keinerlei expansionistische Absichten, die dem im Vergleich mit den Nachbarn kleinen, mit Aufbauproblemen ringenden und an Bevölkerungsmangel leidenden Land zu unterstellen – wie die arabische Lügenpropaganda es tut – absurd ist. Gerade die Sowjetunion, die so lange durch den Weltkapitalismus in die Isolation gedrängt war, müsste Verständnis für einen Staat aufbringen, der sich nur mühsam einer von allen Seiten aufmarschierenden feindlichen Umwelt erwehrt, und sollte nicht dulden, dass Aggressivität genannt wird, was in Wahrheit eine von aussen aufgezwungene Verteidigung ist.

Mord an zwei Millionen

Die UdSSR hat nach dem Zweiten Weltkrieg ihrem Sicherheitsbedürfnis nicht nur durch ein umfangreiches Bündnissystem, sondern auch durch die Eingliederung grosser neuer Gebiete Rechnung getragen. Wir sind keine Befürworter kriegerischer Annexion. Solange jedoch die Kriegsdrohungen der arabischen Führer sich täglich erneuern, müssen auch Israel verteidigbare Grenzen zugebilligt werden. Von ihm verlangen, dass es sich ohne Gegenleistung wieder zurückzieht, heisst erwarten, dass es selbst die Hand zu seiner Hinrichtung reicht.

Israel beharrt jedoch auf den jetzigen Grenzen nur notgedrungen, nur deswegen, weil die Araber nicht bereit sind, mit ihm zu verhandeln und ihm durch Anerkennung seiner Existenz einen stabilen Frieden zuzusichern. Werfen Sie Ansehen und Macht Ihres Landes in die Waagschale, damit ein solcher Friede zustande kommt! Dann wird die Festlegung für beide Teile annehmbarer Grenzen auf keine Schwierigkeiten stossen.

Nach der Zerstörung des Ostjudentums durch Hitler kann das Judentum seine nationale Existenz nur noch in Israel bewahren. Überlassen Sie den Staat der arabischen Destruktionswut, so werden nicht nur zwei Millionen Menschen ermordet, sondern es verschwindet mit ihm ein ganzes Volk – das Volk, das der Menschheit die Bibel und Marx geschenkt und darüber hinaus für die Geschichte und den Sozialismus so viel geleistet hat. Das wäre die grösste Schmach für die zivilisierte Welt.

Israel zu schützen, empfinden wir als eine Ehrenpflicht, die durch die vom Judentum mitgeprägte Geschichte des europäischen Geistes und durch das Unrecht, das Europa seit dem Mittelalter gegen das jüdische Volk auf sich geladen hat, und als Europäern auferlegt ist.

Dieser «Offene Brief» wurde mitunterzeichnet von:

*H. W. Bartsch
Wilhelm Dantine
Iring Fetscher
Helmut Gollwitzer
Herbert Heiss
Wolfgang Hildesheimer
Michael Landmann*

*Kurt Lüthi
René Marcic
Helge Pross
Erika Weinzierl
Wilhelm Weischedel
Ernst Wolf*

Dr. Franz Keller

Marx und Freud

Zwei verkannte Revisionisten

H. Marcuses Abweichungen vom Marxismus sind in der «NZZ» vom 1. Dezember 1968 von Erich Gruner auf den Einfluss Freuds zurückgeführt worden. Es lässt sich aber nachweisen, dass der späte Freud seinen Kulturpessimismus aufgegeben und das Gedankengut von Marx fast vollständig übernommen hat, wenn er sich auch dessen nicht immer bewusst war. Dabei ist zu beachten, dass auch Marx eine Entwicklung durchgemacht hat, so dass von einer *Konvergenz* des Marxismus und der Psychoanalyse gesprochen werden darf. Dieser Revisionismus der beiden umstrittenen Geschichtsphilosophen wird weder von der marxistischen noch von der freudianischen Orthodoxie genügend beachtet.

Anfänglich geht das Denken von Marx und Freud stark auseinander: Jener erhofft sich vom Kommunismus (auf Grund der sogenannten Pariser Manuskripte von 1844) die «Auflösung des Streites zwischen Existenz und Wesen». Er spricht von einer «Rückkehr des Menschen» zu sich selbst, von der Überwindung der «Entfremdung» durch die Revolution. Marx stellt folgende Gleichung auf: «Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus. «Wir erkennen im jungen Marx das Kind der Aufklärung. Sein Vertrauen in die Natur des Menschen erinnert an Rousseau, aber aus dem mechanistischen Materialismus des 18. Jahrhunderts ist der dialektische geworden: Die Menschennatur wird im Kampf gegen ihre entfremdenden Widersacher (herrschende Klassen) immer humaner, bleibt aber gerade dadurch Natur!»